



Positive Halbzeitbilanz der Union für Aussiedler, Vertriebene und deutsche Minderheiten

Zweite Halbjahresbilanz



Klaus Brähmig

Liebe Leserinnen und Leser,

die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihren engagierten Kurs fortgesetzt und kann zur Halbzeit der 17. Legislaturperiode auf eine positive Bilanz verweisen. So ist die Gruppe durch einstimmigen Fraktionsbeschluss erneuert und der Schwerpunkt „deutsche Minderheiten“ mit einer Namensänderung verankert worden. Damit erkennt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach wie vor das Kriegsfolgenschicksal an, aus dem sich eine Einheit aus Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten ergibt und verstärkt den dahinter stehenden Solidaritätsgedanken.

Die Gruppe begleitet weiter den Aufbau der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ des Bundes, in der das millionenfache Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen dokumentiert werden soll. Der Vorsitzende und sein Erster Stellvertreter haben als Preisrichter einen Architektenwettbewerb mit auf den Weg gebracht, der zum Ende des Jahres erfolgreich abgeschlossen werden

konnte und dazu dient, den Umbau des Berliner Deutschlandhauses museums-gerecht gestalten zu können.

Die Gruppe setzt sich ferner für die Integration der 2,3 Millionen Spätaussiedlern in der Bundesrepublik ein. Mit der Neunten Novelle des Bundesvertriebenengesetzes konnte eine große Erleichterung für diese wichtige Bevölkerungsgruppe erreicht werden: Künftig ist es im Härtefall möglich, den Ehegatten oder Abkömmling in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlers nachträglich einzubeziehen. Die Härtefallregelung hilft somit, dauerhafte Familientrennungen zu vermeiden.

Zwei Millionen Deutsche leben als Minderheiten außerhalb ihrer angestammten Heimat, davon über 300.000 in Polen. In einem interfraktionellen Antrag zum 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages konnte die Gruppe bewirken, dass sich der Bundestag dafür ausgesprochen hat, dass in Polen die in kommunistischer Zeit verfolgte Assimilationspolitik gegenüber der deutschen Minderheit aufgearbeitet und die unterschiedlichen Erinnerungskulturen gerade in Schlesien miteinander verbunden werden.

Diese Ausgabe unseres Informationsdienstes dokumentiert unsere umfangreiche parlamentarische Arbeit des zweiten Halbjahres 2011. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und eine gesegnete Weihnachtszeit sowie einen guten Start ins Neue Jahr!

Ihr

AUS DEM INHALT

SEITE 3

ARBEITSTREFFEN DES VORSTANDES DER GRUPPE MIT DER KANZLERIN

Sven Oole

SEITE 8

AUFBAU DES SUDETENDEUTSCHEN MUSEUMS IN MÜNCHEN

Klaus Brähmig im Interview mit der Sudetendeutschen Zeitung

SEITE 9

VORSTAND TRIFFT BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN

Sven Oole

SEITE 11

BUNDESPRÄSIDENT EMPFÄNGT WOLFSKINDER

Klaus Brähmig

SEITE 21

BUNDESVERTRIEBENENSTIFTUNG: ARCHITEKTENWETTBEWERB ERFOLGREICH BEENDET

Klaus Brähmig

SEITE 23

TREFFEN MIT BUNDESINNENMINISTER FRIEDRICH

Sven Oole

Deutsche aus Russland sind keine Migranten

Treffen mit dem Vorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland



v.l.: Cajus Caesar, Sven Oole, Lilli Bischoff, Adolf Fetsch, Dr. Alfred Eisfeld, Klaus Brähmig

Die Gruppe erörterte mit Adolf Fetsch, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sowie weiteren Vorstandsmitgliedern, die Situation der Russlanddeutschen. Herr Brähmig stellte klar, dass man die Aussiedler nicht vergessen dürfe, welche mit über drei Millionen Menschen die größte Zuwandergruppe in der Bundesrepublik darstellten. Ziel müsse es sein, die Aussiedler stärker in die deutsche Gesellschaft einzubinden. Herr Fetsch anerkannte, dass die Bundesregierung mit Staatssekretär Bergner einen sehr engagierten Aus-

siedlerbeauftragten habe. Die Landsmannschaft bedrücke die Probleme im Zuge des Zuwanderungsgesetzes. Deutsche aus Russland seien Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und dürften nicht mit Migranten gleichbehandelt werden. Die Zuwanderzahlen seien insgesamt auf 2.500 gesunken. Er gehe etwa noch von 650.000 Deutschen in Russland und 210.000 in Kasachstan aus. Den 70. Jahrestag des Stalin-Erlasses zur Deportation der Russlanddeutschen plane die Landsmannschaft 2011 bundesweit zu gedenken.

Spätaussiedler - Endlich Lösung für Härtefälle

Nahestehende Familienangehörige können nun nachträglich einen Antrag auf Anerkennung stellen



Stephan Mayer

Am 29. September 2011 hat der Deutsche Bundestag eine Änderung des Bundesvertriebenengesetzes verabschiedet. Dazu erklärt der vertriebenenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Stephan Mayer:

„Die Änderung des Bundesvertriebenengesetzes schafft endlich Lösungen für zahlreiche Schicksale betroffener Familien. Nahestehende Familienangehörige können nunmehr einem bereits zuvor nach Deutschland gesiedelten Spätaussiedler nachträglich

folgen. Dies wird zu spürbaren Erleichterungen in den betroffenen Familien und mehr Gerechtigkeit im Einzelfall führen. Eine solche gesetzliche Härtefallregelung fehlte leider bisher. Mit der Neuregelung wird eine gesetzliche Möglichkeit gegeben, bei schweren menschlichen Schicksalsschlägen für Abhilfe zu sorgen.

In vielen Gesprächen mit Betroffenen konnte ich mir selbst einen Eindruck von den schwierigen familiären Situationen durch die Trennungen machen. Es war der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag sowie mir persönlich ein besonders wichtiges Anliegen, die rechtlichen Voraussetzungen für eine nachträgliche Familienzusammenführung zu schaffen. Mit der nun beschlossenen Änderung des Gesetzes hat die christlich-liberale Koalition eine gute und praxistaugliche Lösung gefunden, die derzeit vorhandenen hohen Hürden für ausreisewillige Spätaussiedler in Zukunft beseitigen kann.“

Hintergrund:

Die Änderung des Bundesvertriebenengesetzes schließt eine in der Vergangenheit mehrfach aufgetretene Lücke bei der Familienzusammenführung von Spätaussiedlern. Nunmehr können auch nahestehende Familienangehörige, die zunächst nicht nach Deutschland mitgezogen waren, nachträglich einen Antrag auf Anerkennung als Spätaussiedler stellen. Nach Einschätzung des Bundesinnenministeriums sind von der Härtefallregelung circa 2.500 Personen betroffen.

Bundesregierung wird Bundesvertriebenenstiftung weiter voranbringen

Arbeitstreffen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Sven Oole, Anita Schäfer, Dr. Angela Merkel, Klaus Brähmig, Stephan Mayer
© Bundesregierung

Der Vorstand der Gruppe erörterte bei einem Arbeitstreffen mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ausführlich zentrale Themen der Vertriebenenpolitik in der 17. Legislaturperiode. So begrüßte die Gruppe ausdrücklich den Kurs der Bundesregierung, die von Rot-grün vorgenommenen Kürzungen bei der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) zu revidieren: von 12 Millionen Euro im Jahre 2005 ist ein Aufwuchs auf jetzt 17 Millionen Euro erfolgt. Thema war auch die von der Gruppe vorgenommene Bestandsaufnahme der 15 bundesweiten Museen und Forschungseinrichtungen und der erkennbare Handlungsbedarf bei der Modernisierung.

Die Bundesregierung sagte zu, die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin weiter voranzubringen und bis 2013 für einen wesentlichen Baufortschritt zu sorgen. Außerdem wurde die Verfahrensweise zur Einführung eines Nationalen Gedenktages für die Opfer von Vertreibung besprochen, für den sich die Fraktion in dem Antrag zur Stuttgarter Charta ausgesprochen hatte. Bei der Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter, bei welcher Unklarheit über die genaue Zahl der Betroffenen besteht, kam man überein, eine neue Evaluation durch das Bundesinnenministerium vorzunehmen. Die Bundesregierung wird außerdem 2013 das Jubiläum „60 Jahre Bundesvertriebenengesetz“ angemessen würdigen.

Vertriebene als Vorbild für Deutschland und Europa

Helmut Sauer mit 91 Prozent erneut zum Bundesvorsitzenden der OMV gewählt



Helmut Sauer

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), die in diesem Jahr unter dem Leitwort „Europa braucht Wahrheit und Verständigung“ steht, wurde der langjährige Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (Salzgitter) mit 91 Prozent der Stimmen zum Bundesvorsitzenden der von der Union organisierten Vereinigung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler wiedergewählt.

In seiner Rede wies er darauf hin, dass ein vereintes Europa seit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Jahre 1950 eines der Hauptziele der Vertriebenenpolitik ist. Um dieses Ziel zu erreichen sei verstärkt Wahrhaftigkeit und Klarheit im Umgang der Staaten miteinander, aber auch in Deutschland selbst nötig, mahnte er. Die Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, betonte die Vorbildfunktion der Vertriebenen im Hinblick auf Wahrheit

und Verständigung in einem geeinten Europa der Nationalstaaten. Für die CDU sicherte sie zu: „Die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir in der Vergangenheit hatten, wird auch in der Zukunft fortgesetzt.“ Als Bundeskanzlerin bekräftigte sie außerdem: „Diese Bundesregierung wird auch weiterhin ein starker Partner an der Seite der Heimatvertriebenen bleiben“, und stellte dies sofort unter Beweis, indem sie die Initiative eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer von Vertreibung“ ausdrücklich unterstützte.

Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie Vorsitzender der CDU-Aussiedlerkonferenz, lobte die Vereinigung: „Die OMV verteidigt einen der Markenkern der CDU.“

Ein Grußwort sprach der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Klaus Brähmig. Er charakterisierte die Vertriebenen als „wichtigste Brückenbauer im europäischen Prozess.“ Die Unionsparteien stellten sich somit demonstrativ hinter die in der OMV organisierten Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihre Anliegen.

Erweiterung Ostpreußisches Landesmuseum gesichert

Treffen mit Dr. Michael Roik, Gruppenleiter beim BKM



v.l.: Klaus Brähmig, Sven Oole, MinDirig Dr. Michael Roik, Arnold Vaatz, Dan Kühnau, Thomas Lindner, Helmut Sauer, Eckhard Pols

Die Gruppe erörterte im Nachgang einer Dienstreise nach Lüneburg mit Dr. Michael Roik, Gruppenleiter beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung (BKM), die Situation des dortigen Ostpreußischen Landesmuseums. Dr. Roik führte aus, dass man es in Lüneburg mit einem Berg von Problemen zu tun gehabt habe. Von 2004 bis 2009 sei die Stelle des Direktors vakant gewesen. Zudem gab es eine Debatte in der Zusammenarbeit zwischen Ostpreußen und Deutsch-Balten, mit denen nun eine gemeinsame und tragfähige Satzung erarbeitet worden sei. Jetzt habe man mit dem neuen Direktor Dr.

Mähnert einen guten Manager gefunden. Ab 2011 befinde sich das Museum wieder in der institutionellen Förderung. Dies sei ein wichtiger Erfolg. Außerdem sei die Erweiterung finanziert, wobei die Unterstützung der Gruppe hilfreich gewesen sei. Bei der Gestaltung der Dauerausstellung müsse man gegebenenfalls nachjustieren, hier stünden Projektmittel zur Verfügung. Referatsleiter Dr. Thomas Lindner ergänzte, dass sich ebenfalls in Lüneburg das Nord-Ost-Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa befinde, mit dem eine fruchtbare Zusammenarbeit bestünde.

Zeitzeugenprojekt und neues Uni-Förderprogramm

Gespräch mit Professor Dr. Matthias Weber, Direktor des BKGE und Sabine Deres, BKM



v.l.: Sven Oole, Manfred Behrens, Prof. Dr. Matthias Weber, Sabine Deres, Klaus Brähmig, Helmut Sauer, Klaus Schuck

Die Gruppe sprach mit Prof. Dr. Matthias Weber, Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), und Referatsleiterin Sabine Deres, beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), über das Zeitzeugenprojekt des BKGE und das neue universitäre Programm zur akademischen Förderung der Kultur der Deutschen in Osteuropa. Professor Dr. Weber führte zu den Beständen von Zeitzeugenberichten aus, dass

das Institut sowohl Umfragen als auch eigene Forschung über einen Zeitraum von zwei Jahren betrieben habe. Dabei seien 120 Bestände aufgelistet worden, die demnächst online zur Verfügung stünden. Man habe auch bisher unbekannte Quellen entdeckt, wie z.B. in Waldkreiburg. Frau Deres erläuterte, das neue universitäre Förderprogramm des BKM sei mit 800.000 Euro pro Jahr ausgestattet, laufe drei bis vier Jahre und die Resonanz sei überwältigend.

Legenden um erste Seehofer-Reise nach Prag

Treffen mit Bernd Posselt, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft



v.l.: Sven Oole, Bernd Posselt, Klaus Brähmig, Anita Schäfer, Prof. Dr. Egon Jüttner

Die Gruppe sprach mit dem Europaabgeordneten Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, über die Situation der Sudetendeutschen. Posselt erklärte, die Sudetendeutschen seien früher die zweitgrößte Vertriebenen-gruppe gewesen, mittlerweile sei sie die größte. Es sei Fakt, dass man eher nach Wien oder Prag schaue als nach Berlin. Unter Rot-Grün habe Bundeskanzler Schröder sogar von „Randgruppen“ gesprochen. Darauf habe selbst die sozialdemokratisch geprägte Seliger-Gemeinde befremdlich reagiert. Daher sei er dankbar für das Engagement der Gruppe, insbesondere von Stephan Mayer und Staatssekretär Christoph Bergner.

Zur ersten offiziellen Reise des Bayerischen Ministerpräsidenten nach Prag erläutert er, dass hier viel falsch berichtet worden sei. Der Artikel von Herrn Kohler in der FAZ sei reine Desinformation gewesen. Es habe nie die Bedingung gegeben, Seehofer werde erst dann reisen, wenn die Benes-Dekrete aufgehoben worden seien. Dies sei auch nie Beschlusslage der Landsmannschaft gewesen. Nach der Reise seien Unmassen von Legenden entstanden, z.B. dass er selbst an keinen Termin hätte teilnehmen können. In Wirklichkeit habe er am gesamten Programm teilgenommen, bis auf das Vier-Augen-Gespräch zwischen Seehofer und dem tschechischen Premierminister.

Berufung gegen Urteil zum Egerer Stadtwald

Interessen aller Beteiligten berücksichtigen



Klaus Brähmig

Das Bundesministerium des Innern hat kürzlich gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg zum „Egerer Stadtwald“ beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Berufung eingelegt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten Klaus Brähmig:

„Die Bundesregierung hat vollkommen richtig gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg zum ‚Egerer Stadtwald‘ Berufung eingelegt und handelt damit konsequent für die vertriebenen Egerländer. Nach dem Regensburger Urteil vom 2. Dezember 2010 sollte die treuhänderische Verwaltung des ‚Egerer Stadtwaldes‘ durch die Bundesrepublik Deutschland bedingungslos aufgehoben und dadurch ein Verkauf ermöglicht werden. Insbesondere die Auffassung des Gerichts, die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 sei ein völkerrechtlicher Vertrag und beide Seiten hätten darin auf vermögensrechtliche Ansprüche aus der Vergangenheit generell verzichtet, ist ebenfalls aus Sicht der CDU/CSU-Bundestags-

fraktion völlig unzutreffend. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich im engen Kontakt mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Bundesinnenministerium bereits früh der Thematik des ‚Egerer Stadtwaldes‘ angenommen und entsprechende Weichen gestellt. So waren zuletzt Pläne der Stadt Cheb offenkundig geworden, in dem beliebten Naherholungsgebiet einen Windpark errichten zu wollen, was die anliegenden bayerischen Gemeinden in helle Aufregung versetzt hatte. Oberbürgermeister Pavel Vanousek dementierte nach dem Regensburger Urteil diese Absichten nur halbherzig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich deshalb weiter für eine Lösung einsetzen, bei der die Interessen aller Beteiligten – auch der Sudetendeutschen – berücksichtigt werden.“

Hintergrund:

Der „Egerer Stadtwald“ ist eine im bayerischen Landkreis Tirschenreuth gelegene Waldfläche von ca. 640 Hektar, die nach dem Rechtsträgerabwicklungsgesetz von der Bundesrepublik Deutschland treuhänderisch verwaltet wird. Als Eigentümerin ist in den Grundbüchern die in der Tschechischen Republik gelegene Stadt Eger (heutiger Name: Cheb) eingetragen. Die treuhänderische Verwaltung ist eine Folge der Umbrüche nach dem Zweiten Weltkrieg.

Bundesregierung setzt mit Anerkennungsgesetz neue Impulse für die Integration von Spätaussiedlern

Zügiges und vereinfachtes Bewertungs- und Anerkennungsverfahren



Klaus Brähmig

Spätaussiedlern in Deutschland, unter denen überdurchschnittlich viele höher

Das Bundeskabinett beschließt am 23. März 2011 den Gesetzentwurf zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus Brähmig:

„Das am 23. März 2011 auf Initiative der Union vom Kabinett beschlossene Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse setzt neue Impulse für die Integration, insbesondere von

Qualifizierte und Akademiker sind. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass die Bundesregierung mit dem Anerkennungsgesetz ihre Verantwortung für Deutsche aus Mittelosteuropa und dem GUS-Raum wahrnimmt.

Die Bundesregierung greift mit dem zügigen und vereinfachten Bewertungs- und Anerkennungsverfahren ein zentrales Anliegen der Spätaussiedler auf und unterstreicht damit die Wertschätzung gegenüber zugewanderten Fachkräften sowie dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe. So können Spätaussiedler ihre im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse innerhalb von drei Monaten auf Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss prüfen lassen. Das in der Regel von den Kammern durchgeführte Verfahren regelt auch, welche Weiterbildung gegebenenfalls notwendig ist. Die Unionsfraktion wird sich weiter der Potentiale von Aussiedlern annehmen.“

Westpreußisches Landesmuseum zieht um

Landsmannschaft Westpreußen: Verbleib der Heimatsammlungen ungeklärt



v.l.: Prof. Dr. Egon Jüttner, Anita Schäfer, Sven Oole, Sibylle Dreher, Klaus Brähmig, Stephan Mayer

Die Gruppe sprach mit Sibylle Dreher, Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Westpreußen, über aktuelle Anliegen und das Westpreußische Landesmuseum. Frau Dreher erläuterte, dass das Westpreußische Landesmuseum mittelfristig seinen bisherigen Standort im Drostenhof in Münster aufgeben müsse, da der Mietvertrag in zwei Jahren auslaufe und der Besitzer nach der Sanierung des Hofes andere Pläne habe. Zusammen mit Vertretern des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung (BKM) würde derzeit nach einem neuen Standort gesucht: In Warendorf habe der Bürgermeister Unterstützung

zugesagt. Dort befinde sich ein altes Franziskanerkloster, welches der Eigentümer umbauen und vermieten wolle. Der jährliche Westpreußen-Kongress solle aber weiterhin in Münster stattfinden. Jedoch beschäftige die Landsmannschaft der Verbleib der Heimatsammlungen, welcher noch ungeklärt sei. Frau Dreher warb dafür, bei Reisen nach Polen auch die deutsche Minderheit, insbesondere in Danzig und Westpreußen, zu besuchen, weil diese dadurch später wahrgenommen würden.

Fahrplan der Bundesvertriebenenstiftung

Treffen mit Professor Dr. Manfred Kittel, Direktor der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“



v.l.: Helmut Sauer, Sven Oole, Prof. Dr. Manfred Kittel, Klaus Brähmig, Prof. Dr. Egon Jüttner, Stephan Mayer

Die Gruppe erörterte zum wiederholten Mal mit Professor Dr. Manfred Kittel, Direktor der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, den weiteren Ausbau der Stiftung. Professor Kittel erläuterte, dass sich der Wissenschaftliche Beirat der Stiftung Anfang des Jahres konstituiert habe und bereits mehrmals Arbeitssitzungen stattgefunden hätten. Dort sei es darum gegangen, das Eckpunktepapier in ein Konzept für die geplante Dauerausstellung umzuwandeln. Es habe sich nunmehr eine breite Mehrheit im Beirat gefunden, den Anfang der Ausstellung

vor 1939 zu setzen. Von Professor Naimark kam der Vorschlag, die Ursachen von Flucht und Vertreibung der Deutschen zu unterteilen in „short, medium and long origins“. Der Fahrplan der Stiftung sehe nun vor, zunächst das Konzept zu verabschieden und die Homepage zu verbessern. Bis 2013 soll die Sanierung bzw. der eigentliche Bau begonnen werden, um spätestens 2015 zu eröffnen. Außerdem wolle man 2013 eine Werkstatt-Ausstellung zeigen.

Fortschritt durch Zweites Flächenerwerbsänderungsgesetz

Gespräch mit Frau Salomon, Präsidentin des Heimatverdrängtes Landvolks



v.l.: Anita Schäfer, Wolfgang Haars, Sven Oole, Elisabeth Salomon, Henning Niederhoff, Klaus Brähmig, Stefan von Raumer

Die Gruppe sprach mit Elisabeth Salomon, Präsidentin des Heimatverdrängtes Landvolks, und Geschäftsführer Wolfgang Haars sowie Anwalt Stefan von Raumer über das Zweite Flächenerwerbsänderungsgesetz (2. FlErwÄndG) in der Praxis. Das von der Union vorangetriebene Gesetz, so Frau Salomon, stelle einen Fortschritt dar, nachdem 15 Jahre lang eher negativ über das Thema gesprochen wurde. Sie wies außerdem auf die Personengruppe der politisch

Verfolgten hin, deren Grundstücke weggenommen worden seien und welche der Bund nun als Eigentümer an Dritte veräußern würde. Laut Stellungnahme des Verbandes müsse man beim 2. FlErwÄndG eine massive Preissteigerung berücksichtigen, wodurch der Wert der Grundstücke von einem Drittel auf ein Viertel geschrumpft sei. Hierdurch stehe die Union in der Verantwortung, an dem ursprünglichen Ziel des Gesetzes festzuhalten.

Sand aus dem Getriebe fernhalten

Klaus Brähmig im Interview im Sudetendeutschen Haus

Klaus Brähmig, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, besuchte nach dem Sudetendeutschen Büro in Prag auch das Sudetendeutsche Haus in München. Chefredakteur Herbert Fischer stellte Brähmig fünf Fragen:

Was konnte Ihre Gruppe bewirken, seitdem Sie den Vorsitz übernommen haben?

Klaus Brähmig: In der 17. Legislaturperiode ist es zunächst gelungen, die Gruppe mit 65 Mitgliedern der Unionsfraktion über alle Landesgruppen hinweg so stark wie nie zuvor aufzustellen. Diesen neuen Schwung habe ich genutzt, um die Anliegen der für uns wichtigen Bevölkerungsgruppen voranzubringen. So konnten wir bereits im Zuge der 9. Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes eine Härtefallregelung mit auf den Weg bringen, die dauerhafte Familientrennungen bei Spätaussiedlern vermeidet. Für die Heimatvertriebenen und die Aussöhnung der Deutschen mit diesem Thema brachten wir anlässlich 60 Jahre Stuttgarter Charta den dazu bisher umfangreichsten Antrag im Bundestag ein. Zudem haben wir den Schwerpunkt „deutsche Minderheiten“ durch einstimmigen Fraktionsbeschluss im Rahmen einer Umbenennung der Gruppe fest verankert.

Empfinden Sie den Kompromiss mit oder das Nachgeben gegenüber der FDP im vergangenen Jahr als Niederlage?

Brähmig: Als Niederlage würde ich es nicht bezeichnen; Politik ist manchmal so. Wir waren natürlich auch in Sachen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sehr aktiv beteiligt, wo ich mit dem Kollegen Stephan Mayer im Stiftungsrat sitze. Ich selbst hätte mir eine diplomatischere Lösung gewünscht – unter anderem von der FDP. Dass die Vorsitzende des größten Opferverbandes, um deren Mitglieder es geht, nicht in den Gremien mitmachen darf, ist schon abenteuerlich, um nicht zu sagen einmalig. Aber die Situation ist so: Man hat entschieden, der Bundesregierung die Hand zu reichen. Dafür werden die Vertreibungsgebiete durch die jetzt verdoppelte Anzahl der Stiftungsratssitze des BdV besser repräsentiert.

Die Berliner Politik hängt in Bezug auf die Tschechische Republik noch immer an der deutsch-tschechischen Regierungserklärung von 1997. Unsere Sudetendeutsche Jugend ist demgegenüber der Auffassung: Es ist durchaus nicht mehr zeitgemäß,



Volkstagsgruppensprecher und Europaabgeordneter Bernd Posselt, der die von Brähmig geführte Gruppe zuvor in Berlin besucht hatte, und Klaus Brähmig MdB schlossen sich in vertriebenenpolitischen Fragen kurz. Vor dem Porträt des ersten Sprechers Dr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen auch die Landesvorsitzende der Sudetendeutschen Jugend in Bayern, Katharina Ortlepp.

wenn zwei Staaten sich gegenseitig bescheinigen, in grundlegenden Fragen unterschiedliche Rechtsauffassungen zu haben. Was kann die Berliner Politik dafür tun, dieses Papier zu überwinden?

Brähmig: Es lohnt immer, die Prozesse zu evaluieren. Ich selbst habe in meinen 21 Jahren Bundestagstätigkeit erfahren, dass die Leute vor Ort mitunter viel weiter sind als die politische Ebene. Mit Frankreich haben wir das Karlsruher Abkommen, wonach es keinen Staatsvertrag zwischen Paris und Berlin geben muss, wenn es sich um die Klärung lokaler und regionaler Angelegenheiten handelt. Und solch eine Entwicklung brauchen wir auch zwischen Deutschland und Polen und zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik.

Kann man im Rahmen der laufenden Kontakte der tschechischen Seite klarmachen, dass die Sudetendeutschen nicht pauschal für Fragen Vergangenheit zuständig sind, wie es drüben gern gesehen wird, sondern dass Umweltschutz, Verkehrsanbindung, Kultur und vieles mehr unmittelbar auch unsere Themen sind, weil sie tagtäglich unsere Heimatgebiete betreffen?

Brähmig: Ich kann das nur nahtlos unterstreichen. Von Berlin nach Prag kann man mit der Bahn fahren, aber von Nürnberg nach Prag muss ich den „Fernbus“ nehmen – das ist doch eine Lachnummer. In unseren Gesprächen mit Bernd Posselt und Franz Pany haben wir angeregt: Stellt doch mal einen Katalog mit den anzupackenden Themen Ausbildung, Infrastruktur oder Sprachkenntnisse auf, um sich

dadurch selbst ein wenig aus der Vergangenheits-ecke zu befreien. Warum könnte zukünftig nicht mal ein Sudetendeutscher Tag in Karlsbad, Reichenberg oder Pilsen stattfinden, und der tschechische Staatspräsident hält das Grußwort? Das wäre eine wirkliche europäische Vision, die ich noch erleben möchte, solange ich im Bundestag bin.

Was plant Ihre Gruppe bis zum Ende der Legislaturperiode?

Brähmig: Die Gruppe wird insgesamt den Kontakt zu den Landsmannschaften weiter vertiefen und bei aktuellen Problemen helfen, wie wir es jüngst beim Konflikt um den Egerer Stadtwald getan haben oder beim Aufbau des Sudetendeutschen Museums tun werden. Auf Bundesebene besuche ich alle Einrichtungen, die nach § 96 Bundesvertriebenengesetz gefördert werden – wie gerade in München geschehen –, und analysiere den möglichen Handlungsbedarf, um die Bewahrung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zukunftssicher zu gestalten. Hierzu dient natürlich auch der Nationale Gedenktag für die Opfer von Vertreibung, für den wir uns vehement einsetzen werden. Außerdem wollen wir, dass die Bundesvertriebenenstiftung in trockene Tücher kommt, eine zeitnahe Eröffnung dieser Einrichtung in Berlin gewährleisten, damit die Erlebnissgeneration sie noch erleben darf. Deshalb werden wir überall dort präsent sein, wo irgendwelche Leute Sand ins Getriebe streuen und das Projekt zum Scheitern verurteilen wollen.



Franz Pany führte Klaus Brähmig in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung und mithin „Haus-herr“ durch die Eingangshalle des Sudetendeutschen Hauses mit ihren landestypischen Sehenswürdigkeiten. Besonders beeindruckt war der Gast aus Berlin von der großen Glasplastik von Otto Habel, die an die sudetendeutsche Glasindustrie erinnert.

Bilder: Herbert Fischer

Aufbau des Sudetendeutschen Museums in München gestartet

Treffen mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer



v.l.: Stephan Mayer, Horst Seehofer, Klaus Brähmig

Im Nachgang der ersten offiziellen Reise des bayerischen Ministerpräsident nach Prag im Dezember 2010 trafen sich die Vorstandsmitglieder der Gruppe Klaus Brähmig und Stephan Mayer mit Horst Seehofer, um aktuelle Fragen der Vertriebenenpolitik zu erörtern. So sieht der Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Bundesregierung den Bau des Sudetendeutschen Museum in München vor, den die Gruppe unterstützt. Horst Seehofer erläuterte, dass man mit Wilfried Rogasch einen engagierten Gründungsdirektor gefunden habe, der nun das Konzept für die Dauerausstellung entwickeln solle. Für die Gründungsarbeiten habe der Freistaat Bayern bereits 300.000 Euro bereit gestellt.

Weitere Themen des Gespräches waren das Bayerische Haus in Odessa und der Egerer Stadtwald, bei dem die Bundesregierung Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg zur Aufhebung der Treuhandschaft des Bundes eingelegt hat und nun eine außergerichtliche Einigung anstrebt. Die Gruppe setzt sich dafür ein, dass dabei die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit eingebunden wird.

65. Jahrestag der Ankunft des ersten organisierten sudetendeutschen Vertriebenentransports in Bayern

Sozialministerin Haderthauer: „Unsere Sudetendeutschen und Heimatvertriebenen haben Großes geleistet!“



Christine Haderthauer

„Was 1945 und in den Jahren danach von Bayern, den Sudetendeutschen und den Heimatvertriebenen geleistet wurde, ist aus heutiger Sicht kaum vorstellbar. Es war eine gewaltige Integrationsleistung, fast ein Integrationswunder, das zum sprichwörtlichen Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit führte. Obwohl Bayern selbst in Trümmern lag und größte Not litt, gelang die Integration und das gemeinsame Miteinander. Alle - die Ortsansässigen wie die Heimatvertriebenen - haben gemeinsam mit angepackt, sich für unser Land eingesetzt und zu seinem Erfolg beigetragen. Die Sudetendeutschen wurden zum 4. Stamm Bayerns“, so Bayerns Sozialministerin

Christine Haderthauer anlässlich des 65. Jahrestages der Ankunft des ersten organisierten sudetendeutschen Vertriebenentransports in Bayern.

Vor genau 65 Jahren, am 25. Januar 1946, kamen beim ersten Vertriebenentransport aus dem Sudetenland rund 1200 Sudetendeutsche in Bayern an. Fast

1100 Vertriebenentransporte folgten bis November 1946. Über eine Million Sudetendeutscher kam damals in die US-Zone, der größte Teil nach Bayern. Bis 1950 fanden dann mehr als zwei Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge in Bayern Zuflucht, Schutz und ein neues Zuhause, mehr als eine Million davon waren Sudetendeutsche.

„Die Menschen in diesen Transporten wurden ihrer Heimat beraubt, entrechtet und haben durch Flucht und Vertreibung alles verloren, was sie besaßen. Ein Tag wie der 25. Januar soll an das Schicksal der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler erinnern. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Erinnerung an Herkunft, Kultur und Geschichte verloren geht. Und es ist auch unsere Aufgabe, das Schicksal und die Leistungen der Sudetendeutschen sowie aller deutschen Heimatvertriebenen in lebendigem Andenken zu halten. Die Heimatvertriebenen haben aber auch Großes zur europäischen Verständigung beigetragen. Das gemeinsame Europa war die Antwort auf Krieg, Verbrechen und Vertreibung und ist jetzt Garant für Frieden, Freiheit und Menschenrechte. Das gemeinsame Europa führt zusammen, baut Brücken und ermöglicht den Dialog zwischen den Vertriebenen und den Menschen, die heute in ihrer früheren Heimat wohnen“, erklärte Haderthauer abschließend.

Steinbach besucht deutsche Minderheit in Danzig

Aufregung um Begleitprogramm künstlich



Klaus Brähmig

Die menschenrechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion Erika Steinbach besucht am 22./23. Mai 2011 die deutsche Minderheit in Danzig. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Die Situation der deutschen Minderheit und Gespräche mit deren Vertretern in Danzig und Neustadt stehen im Mittelpunkt der zweitägigen Dienstreise von Erika Steinbach nach Polen. Der Besuch der Gedenkstätte Piasnitz für

polnische NS-Opfer ist ihr aber ein ebensolches Anliegen.

Daher ist die künstlich anmutende Aufregung um das Begleitprogramm unangemessen. Es sind rechtspopulistische Kreise in Polen, die die Reise der Bun-

destagsabgeordneten zu Wahlkampfzwecken instrumentalisieren und versuchen – wie jüngst in Schlesien geschehen – erneut Stimmung gegen die deutsche Minderheit zu machen.

So hatten führende Politiker der Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) kürzlich das „Schlesiertum“ ins Visier genommen und Schlesier als „Bürger zweiter Klasse“ verunglimpft – was in großer Einmütigkeit von der polnischen Öffentlichkeit kritisiert und zurückgewiesen worden ist.

Wir begrüßen ausdrücklich die mäßigenden polnischen Stimmen, etwa um Staatspräsident Bronislaw Komorowski, welche keinerlei Anstoß daran nehmen, wenn jetzt Frau Steinbach beispielsweise die Gdinger Seemannskirche besucht, in der seit Jahren Deutsche und Polen gemeinsam der Opfer des Zweiten Weltkrieges, insbesondere der Gustloff-Katastrophe, gedenken.

Der Historiker und Präsidentenberater Tomasz Nalecz kommentierte zu Recht, es wäre ein beispielloser Vorgang, würde jemanden der Zutritt zu einer Kirche in Polen verweigert werden.“

Zensus in Polen: Zahl der Deutschen unter 150.000?

Gespräch mit Erika Steinbach und dem VdG über die deutsche Minderheit



v.l.: Rafal Bartek, Helmut Sauer, Klaus Brähmig, Anita Schäfer, Stephan Raabe, Erika Steinbach, Sven Oole, Marcin Lippa, Joanna Mroz, Bernard Gaida, Stephan Mayer, Ryszard Galla

Anlässlich der Reise von Erika Steinbach nach Polen, wo sie neben der deutschen Minderheit ihren Geburtsort bei Danzig besuchte, sprach die Gruppe mit dem Vorstand des Verbandes der sozialkulturellen Gesellschaften (VdG) und dem Geschäftsführer des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit (HdpZ) in Gleiwitz/Oppeln. Erika Steinbach führte aus, dass in Danzig und Gdingen die Situation der deutschen Minderheit schlecht sei, da diese sehr viel stärker in einer Diaspora lebten als in Schlesien. Herr Gaida erläuterte, dass die 150.000

Deutschen in Polen zwar offiziell mit 30 Millionen Euro gefördert würden, aber diese Förderung nicht an die Minderheit ausgezahlt werde, sondern an die Selbstverwaltungen in den Gemeinden. Wie viel Prozent wirklich etwa für den Deutschunterricht ausgegeben würde, sei unklar. Zudem würde beim laufenden Zensus aus Protest gegen Kaczynski „Schlesier“ angekreuzt und daher die Zahl der deutschen Minderheit unter 150.000 liegen.

Bundespräsident Wulff empfängt Wolfskinder aus Litauen

Viele dieser elternlosen Kinder wissen bis heute nicht, dass sie deutsche Wurzeln haben



Bundespräsident Christian Wulff empfängt die Wolfskinder im Schloss Bellevue

©Bundesregierung/Sandra Steins

Eine Gruppe sogenannter Wolfskinder aus Litauen besuchte im Mai den Deutschen Bundestag und wurde später im Schloss Bellevue von Bundespräsident Christian Wulff empfangen. Die Mitglieder der Gruppe gehören zu den ostpreußischen Kindern, die zwischen 1944 und 1947 ihre Eltern verloren hatten und in den Wäldern Litauens Zuflucht suchten. Diese Kinder kamen aus Familien, die

1944/45 in Ostpreußen geblieben waren, die auf der Flucht von der Roten Armee eingeholt und wieder in ihre Herkunftsgebiete zurückgeschickt wurden oder gar freiwillig zurückkehrten. Ihre Eltern waren entweder Opfer von Kriegshandlungen, Übergriffen, Zwangsarbeit oder Verschleppung, an Unterernährung oder Krankheiten gestorben oder hatten in den Wirren der Flucht ihre Kinder verloren.

Forschung zu Wolfskindern muss intensiviert werden

Empfang beim Bundespräsidenten



Klaus Brähmig

Der Bundespräsident Christian Wulff empfängt am 10. Mai 2011 eine Gruppe der sogenannten Wolfskinder aus Litauen. Diese Waisenkinder haben während Krieg und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg in den Wäldern Litauens Zuflucht gesucht. Zur Situation der Wolfskinder erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Der Bundespräsident setzt mit dem Empfang der Wolfskinder ein wichtiges Zeichen der Verbundenheit mit den früheren ostpreußischen Kindern, deren Schicksal in Deutschland immer noch zu wenig bekannt ist. Es ist sehr erfreulich, dass sich Politik und Medien zunehmend der Thematik dieser Waisenkinder annehmen,

von denen viele bis heute nicht wissen, dass sie deutscher Herkunft sind. Die Union setzt sich weiter dafür ein, dass auch die wissenschaftliche Aufarbeitung intensiviert und das Thema der Wolfskinder etwa in der Bundesvertriebenenstiftung behandelt wird.“

Hintergrund:

Als Wolfskinder werden mehrere tausend ostpreußische Kinder bezeichnet, die zwischen 1944 und 1947 ihre Eltern verloren und in den Wäldern Litauens Zuflucht gesucht haben. Viele dieser Kinder kamen in Kinderheime oder wurden adoptiert und wissen bis heute nicht, dass sie deutsche Wurzeln haben.

Die Gruppe, die sich auf Einladung des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin und Deutschland aufhält, wird begleitet von Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Wilhelm von Gottberg, stellvertretender Vorsitzender des BdV, Michaela Hribeski, Geschäftsführerin des BdV und Wolfgang Freiherr von Stetten.

Deutschland und Polen - Verantwortung aus der Geschichte, Zukunft und Europa

2./3. Lesung zum interfraktionellen Antrag (Drucksache 17/6145) am 10. Juni 2011 im Deutschen Bundestag

Vizepräsidentin Petra Pau: Der Kollege Brähmig hat für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)



Klaus Brähmig ©HiRes

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist weniger mehr. So findet sich in dem vorliegenden Antrag „Deutschland und Polen – Verantwortung aus der Geschichte, Zukunft in Europa“ keine explizite Erwähnung des Kapitels der jüngsten deutsch-polnischen Geschichte, aus dem bis heute eine besondere Verantwortung beider Länder herrührt. Obwohl die Vertreibung der Deutschen nicht konkreter Bestandteil der vertraglichen Verpflichtungen des Nachbarschaftsvertrages ist, dessen Bilanz wir heute ziehen, unterstütze ich den

Antrag ausdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich möchte eine bemerkenswerte Passage der Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers zu den deutsch-polnischen Verträgen vom 17. Juni 1991 zitieren, die nichts an Gültigkeit eingebüßt hat. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte im Hohen Haus am 6. September 1991 wegweisend:

Deutsch-polnische Versöhnung kann nicht durch Regierungen verordnet oder durch Vertragsverpflichtungen begründet werden. Im Gegenteil, das Werk der Versöhnung kann nur gelingen, wenn unsere beiden Völker sich dazu bekennen, wenn jeder Deutsche und jeder Pole es auch als seine persönliche Aufgabe annimmt.

Kohl zählte damals insbesondere auf das Engagement der Heimatvertriebenen, sowohl bei der Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes als auch bei den vielfältigen Aufgaben auf humanitärem und sozialem Gebiet.

Wenn wir nach 20 Jahren sehen, was durch die unzähligen Kontakte der Schlesier, der Ost- und Westpreußen, der Pommern, der Danziger und nicht zuletzt der Ostbrandenburger in ihre alte Heimat entstanden ist, gehört am heutigen Tag der besondere Dank der Christdemokraten und der Liberalen den deutschen Heimatvertriebenen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da klatschen die Liberalen!)

Es ist außerdem ein Verdienst der Regierungskoalition und ein hoffnungsvolles Zeichen – damit knüpfe ich an meine ersten Sätze an –, dass sich auch die beiden Oppositionsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag angeschlossen haben und ebenfalls die Versöhnungsarbeit der Heimatvertriebenen hier und heute ausdrücklich würdigen. Der fraktionsübergreifende Dank gebührt auch dem großen Versöhnungsbeitrag der Kirchen beider Länder und deren Laienorganisationen wie dem „Heimatwerk Schlesischer Katholiken“.

Ferner haben die Regelungen des Nachbarschaftsvertrages zum Erhalt und zur Pflege der Gräber polnischer und deutscher Opfer des Zweiten Weltkriegs versöhnende Wirkung gehabt. Wir haben uns daher im Antrag dafür eingesetzt, dass nun auch neu entdeckte Gräber – man denke an die Massenfunde bei der Marienburg oder Schwiebus – mit in die vereinbarte gemeinsame Pflege aufgenommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Zukunft der bilateralen Beziehungen ist die Lage der deutschen Minderheit in Polen und die der polnischstämmigen Bürger in Deutschland von wesentlicher Bedeutung. Ich begrüße daher die Verhandlungsergebnisse der Gespräche beider Regierungen am Runden Tisch und möchte dabei den äußerst engagierten Einsatz unseres Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Christoph Bergner, lobend hervorheben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Brückenfunktion der deutschen Minderheit in Polen und die der polnischstämmigen Bürger in Deutschland wird vom Bundestag zu Recht anerkannt. Zudem werden die jeweiligen Rechte zur Stärkung der kulturellen und sprachlichen Identität ausdrücklich bekräftigt. Beide Gruppen sollten sich hier im Geist der Vertragswerke und unseres heutigen Antrages entfalten können. Der Dachverband der deutschen Minderheit in Polen, VdG, und die Häuser der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz und Oppeln leisten hierbei wertvolle Arbeit.

Beim muttersprachlichen Unterricht bestehen aber eindeutig Defizite, die beim nächsten Treffen des Runden Tisches angegangen werden müssen. Alle unterzeichnenden Bundestagsfraktionen haben sich auf Initiative der Union daher für eine Verbesserung des deutschsprachigen Unterrichts für die deutsche Minderheit in Polen ausgesprochen.

Gradmesser der deutsch-polnischen Beziehungen war laut Presseberichten die kürzlich von unserer Kollegin Erika Steinbach unternommene Reise nach Danzig und Gdingen. Was für eine Aufregung hat es im Vorfeld ihrer Visite bei der dortigen deutschen Minderheit gegeben!

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Kein Wunder!)

Hinterher meldeten polnische Zeitungen anerkennend, der Besuch sei ohne Skandale abgelaufen,

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Na toll! Super!)

und titelten: Steinbach: Ich schätze die Polen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das ist doch kein Grund zum Klatschen!)

Selbst ein Kritiker der von ihr gegründeten Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, der polnische Historiker Jan Piskorski, räumt mittlerweile ein:

Zweifelsohne hat die Initiative des Zentrums kurzfristig zu einer großen Abkühlung in den deutsch-polnischen Beziehungen geführt. Auf längere Sicht kann sie sich aber noch als nützlich erweisen, weil sie beide Seiten dazu zwingt, die eigene Geschichte erneut zu betrachten.

Hier sind neue Wege eingeschlagen worden, auf denen wir weitergehen sollten, um, wie es im Antrag heißt, „offen und frei von Ängsten miteinander über die Vergangenheit zu sprechen“, aber noch viel mehr, meine lieben Kollegen, über die vor uns liegende gemeinsame Zukunft.

An dieser Stelle möchte ich mich dem Dank an meine Kollegen Philipp Mißfelder, Karl-Georg Wellmann, Dietmar Nietan und Manuel Sarrazin anschließen, die sich für ihre Fraktionen bei der Erstellung des Antrags eingebracht haben. Ein ganz besonderer Dank gilt unserer Staatsministerin Cornelia Pieper für die gute Zusammenarbeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche von dieser Stelle allen ein gesegnetes Pfingstfest.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen auf Drucksache 17/6145 mit dem Titel „Deutschland und Polen – Verantwortung aus der Geschichte, Zukunft in Europa“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Verantwortung und Zukunft – 20 Jahre deutsch-polnischer Freundschaftsvertrag

Antrag „Deutschland und Polen – Verantwortung aus der Geschichte Zukunft in Europa“



Philipp Mißfelder
Foto: Peter Wagner

Der Bundestag verabschiedet am 10. Juni 2011 den fraktionsübergreifenden Antrag „Deutschland und Polen – Verantwortung aus der Geschichte Zukunft in Europa“. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder:

„Wir setzen uns dafür ein, dass von der deutsch-polnischen Zusammenarbeit neue Impulse für die europäische Einigung ausgehen. Es geht uns darum, in Verantwortung aus der Geschichte die Zukunft in Europa gemeinsam zu gestalten. Für uns gelten die Worte, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 fand: „Die Jungen sind

nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“

CDU/CSU und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit Polen weiter vertiefen und die Möglichkeiten des Weimarer Dreiecks intensiv ausschöpfen wollen. Das setzen wir nun um.

Wir ziehen eine Bilanz der bilateralen Zusammenarbeit auf den Feldern Politik, Wirtschaft und Kultur und stellen für jedes dieser Gebiete konkrete Forderungen. Auf polnischer Seite ist die Situation der polnischstämmigen Mitbürger in Deutschland von besonderem Interesse. Mit dem Antrag setzen sich die beteiligten Fraktionen dafür ein, dass sie ihre kulturellen Wurzeln und die polnische Sprache pflegen können. Auch zum Thema der deutschen Minderheit in Polen spricht der Antrag eine klare Sprache: „Polen und Deutschland betrachten heute

die deutsche Minderheit in Polen und die polnischstämmigen Bürger in Deutschland als natürliche Brücken der Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.“ Und: „Wir sprechen uns auch dafür aus, dass in Polen die in kommunistischer Zeit verfolgte Assimilationspolitik gegenüber der deutschen Minderheit aufgearbeitet und die unterschiedlichen Erinnerungskulturen gerade in Schlesien miteinander verbunden werden.“

Wir würdigen besonders die Beiträge der Kirchen beider Länder zur Versöhnung und das Engagement der Heimatvertriebenen, die sich bei der Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes engagiert und Kontakte nach Polen geknüpft haben.

Unsere Außenpolitik ist wertegebunden, interessengeleitet und zielorientiert. Darum fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit der polnischen Regierung ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, das Grundlage für die deutsch-polnische Zusammenarbeit der nächsten Zukunft sein soll.“

Hintergrund:

Am 17. Juni 1991 unterzeichneten Bundeskanzler Helmut Kohl, der polnische Ministerpräsident Bielecki und die beiden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski in Bonn den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Vorangegangen war dem historischen Ereignis die Unterzeichnung des Vertrags vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze.

Am 21. Juni finden im Rahmen einer gemeinsamen Kabinettsitzung deutsch-polnische Regierungskonsultationen statt. Polen übernimmt am 1. Juli 2011 erstmalig die EU-Ratspräsidentschaft.

Die Rolle der Vertriebenen wurde umfassend mit der Initiative „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ (BT-Drs. 17/4193 vom 15.12.2010) gewürdigt.

Zentrale Veranstaltung in Hessen zum Tag der Heimat im Biebricher Schloss

Sozialminister Grüttner und Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf danken dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften für ihr Engagement

Auf der zentralen Veranstaltung zum Tag der Heimat 2011 im Biebricher Schloss hat Sozialminister Stefan Grüttner an Stelle des verhinderten Ministerpräsidenten die Festrede gehalten und die Verbundenheit von Volker Bouffier



v.l.: Alfred Herold, Margarete Ziegler-Raschdorf, Stefan Grüttner, Otmar Schmitz, Johann Thießen

ausgedrückt. Ebenso überbrachte er die Grüße der anwesenden Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf.

Das diesjährige Leitwort des Tages der Heimat „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“ erinnere daran, dass es aufrichtige Verständigung und einen ehrlichen Dialog nur auf der Grundlage der historischen Wahrheit geben könne. Ein Dialog, der auf dieser Grundlage geführt werde, trage am ehesten zur Überwindung von Gegensätzen bei. Wo der Wille zur Wahrheit fehle und wo die Bereitschaft fehle, die jeweils unterschiedliche Wahrnehmung zu respektieren, gebe es auf Dauer auch kein gedeihliches Miteinander. Flucht und Vertreibung seien fester Bestandteil unserer jüngsten deutschen und europäischen Geschichte. Kultur und Geschichte der Heimatgebiete der deutschen Vertriebenen müssten ebenso wie die jüngste politische Geschichte insgesamt im Gedächtnis der jüngeren Generationen auch in unseren Nachbarländern bewusst bleiben. „Dazu brauchen wir den wahrhaftigen Dialog auch mit den Regierungen der Nachbarstaaten. Nur im gegenseitigen Gespräch wird man Informationen aus erster Hand erfahren und Missverständnisse ausräumen können“, so Sozialminister Grüttner. Der Bund der Vertriebenen habe vor einer Woche beim bundesweiten Tag der Heimat in Berlin dem ehemaligen Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch die Ehrenplakette verliehen. Mit Roland Koch sei ein Mann ausgezeichnet worden, der sich während seiner Amtszeit als Ministerpräsident in hohem Maße und in vorbildlicher Weise für die Belange der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler eingesetzt habe. In seinen Dankesworten nach der Preisverleihung habe Roland Koch geschildert, er selbst sei durch seinen Freund und damaligen Landesbeauftragten Rudolf Friedrich für das Thema Flucht und Vertreibung sensibilisiert worden.

Erstmals Verleihung des hessischen Preises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“

Auszeichnung geht an Eckhard Scheld aus Dillenburg – Sonderpreis für Eva Bendl aus Bargau

Eckhard Scheld, Studiendirektor an der Wilhelm-von-Oranien-Schule in Dillenburg, erhält den Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ 2011. Zudem wird Eva Bendl aus Bargau mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Die Hessische Landesregierung verleiht den Preis in diesem Jahr zum ersten Mal. Anlass ist die Verabschiedung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor über 60 Jahren. Der Preis mit einer Dotierung von 7.500 Euro (Sonderpreis: 2.000 Euro) zeichnet literarische und kulturelle Arbeiten im thematischen Zusammenhang mit der Vertreibung und Aussiedlung von Deutschen als Folge des Zweiten Weltkrieges sowie der deutschen Kultur der Vertreibungsgebiete aus. Für den Preis wurden insgesamt 51 Bewerbungen und Vorschläge eingereicht und von einer siebenköpfigen Jury, bestehend unter anderem aus Wissenschaftlern sowie Vertriebenen-Vertretern, bewertet. Im Rahmen des Volkstumsnachmittags des Bundes der Vertriebenen überreichte der Hessische Sozialminister Stefan Grüttner den Preis am 18. Juni 2011 beim Hessentag in Oberursel. „Die Erinnerung an die Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen im August 1950 darf nicht verblassen“, betonte der Sozialminister. „Die Heimatvertriebenen haben damals auf Vergeltung verzichtet, obwohl der Schmerz über den Verlust der Hei-

mat noch frisch war und die Vertreibungsmaßnahmen tiefe seelische Wunden hinterlassen hatten. Gleichzeitig haben sich die Vertriebenen seinerzeit für ein geeintes Europa ausgesprochen und ihre Bereitschaft erklärt, unermüdlich am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken. Auch 60 Jahre nach Verabschiedung der Charta sind die Erklärungen beeindruckend und beispielhaft.“ Dazu, dass die Völker Europas heute in stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebten, hätten die Vertriebenen und Flüchtlinge maßgeblich beigetragen, so der Minister weiter. „Ihr Fleiß und ihre mitgebrachten Fähigkeiten haben nicht unerheblich zum Wirtschaftswunder der Bundesrepublik beigetragen. Dieser Beitrag darf nicht in Vergessenheit geraten und muss sich insbesondere bei jüngeren Menschen ins Geschichtsbewusstsein einprägen.“ Rund ein Drittel aller in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger haben entweder Flucht oder Vertreibung selbst erlebt, sind durch das Schicksal der nächsten Angehörigen betroffen oder leben als Spätaussiedler hier. „Durch diese Bevölkerungsgruppe wurde und wird das kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben in Hessen bereichert. Damit dies nicht aus dem Blickfeld gerät, sollen hervorragende kulturelle, literarische oder wissenschaftliche Arbeiten gewürdigt werden“, so der Sozialminister.

Oberschlesier engagieren sich bei Integration

Gespräch mit dem Bundesvorstand der Landsmannschaft der Oberschlesier



v.l.: Helmut Sauer, Klaus Brähmig, Sebastian Wladarz, Klaus Plaszczyk, Leonhard von Chamier-Glisczynski, Sven Oole, Anita Schäfer

Die Gruppe erörterte mit Klaus Plaszczyk, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, und weiteren Vorstandsmitgliedern aktuelle Fragen im Rahmen des 20. Jahrestages des Deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages und der bilateralen Rundtischgespräche. Herr Plaszczyk erläuterte, dass die Landsmannschaft eine junge und der größte Brückenbauer nach Polen sei. Die

Landsmannschaft engagiere sich bei der Integration der Aussiedler und bemühe sich, wieder in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen zu werden. Bei der jetzt laufenden Volkszählung in Polen gehe man davon aus, dass die Zahl der deutschen Minderheit nicht der tatsächlichen Größe entspreche, da nach wie vor ältere Leute scheuten, sich als Deutsche zu erklären.

Allensbach-Studie belegt Brückenbauerfunktion der deutschen Heimatvertriebenen

Gespräch mit Dr. Albrecht Lempp, Vorstand der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



v.l.: Prof. Dr. Egon Jüttner, Manfred Behrens, Klaus Brähmig, Dr. Albrecht Lempp, Anita Schäfer, Sven Oole

Die Gruppe sprach mit Dr. Albrecht Lempp, Vorstand der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (SdpZ) mit Sitz in Warschau, anlässlich des 20-jähriges Bestehens der Stiftung. Die SdpZ hat aus diesem Anlass bei Allensbach eine vielbeachtete Studie über die deutsch-polnischen Beziehungen in Auftrag gegeben. So sei bemerkenswert, dass 61 Prozent der Vertriebenen eine positive Affinität zu Polen geäußert haben. Dieser Wert zeige, führte Dr. Lempp aus,

dass tatsächlich deren Brückenbauerfunktion in der Studie abgebildet werden könne. Zudem lag das Urteil der deutschen und der polnischen Bevölkerung zur Einrichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen 2006 gar nicht so weit auseinander als man bei der heftig geführten öffentlichen Auseinandersetzung erwartet hätte.

50 Jahre Mauerbau - Linke klittert Geschichte

Historische Verantwortung darf nicht auf andere abgewälzt werden



Klaus Brähmig

In der öffentlichen Debatte über die Bewertung des Mauerbaus vor 50 Jahren forderte die Bundesvorsitzende der Linkspartei, Gesine Löttsch, jüngst auf einer Wahlkampfveranstaltung in Rostock eine „historische Einordnung“. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Die Geschichtsklitterung der Linkspartei zum Mauerbau ist unverantwortlich und schadet der Vollendung der inneren Einheit immens. So behauptete die Linke-Chefin Löttsch kürzlich – völlig entgegen den geschichtlichen Tatsachen – der Mauerbau sei Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und des deutschen Überfalls auf Russland. Die Union wird den wiederholten Versuch der politischen Linke in Deutschland, die historische Verantwortung für Mauerbau, Todesstreifen und mindestens über 136 Mauertote auf andere abzuwälzen, nicht hinnehmen und öffentlich machen.“

Vielmehr bestätigen neueste Forschungen, etwa der US-Historikerin Hope Harrison in ihrem Buch „Ulbrichts Mauer“, dass die Hauptverantwortung für die unmenschliche Abriegelung der innerdeutschen Grenze einzig und allein beim SED-Regime lag.

Die massenhafte Fluchtbewegung bis 1961, unter denen Vertriebene ein überdurchschnittliches Drittel stellten, sollte damals gestoppt werden, um das Ausbluten der DDR-Gesellschaft an Fachkräften zu verhindern.

Ebenso ist an den repressiven Umgang der SED-Funktionäre mit den in der DDR verbliebenen vier Millionen Heimatvertriebenen zu erinnern, die verfälschend als „Umsiedler“ bezeichnet wurden und denen verboten war, über ihr hartes Schicksal zu sprechen.

Erst der gesamtdeutsche Bundestag hat sich auf Initiative der Union für die in der DDR lebenden Vertriebenen eingesetzt und eine einmalige Wiedergutmachung von Teilungsunrecht beschlossen: Nach dem Vertriebenen-zuwendungs-gesetz von 1994 sind für 1,3 Millionen Personen insgesamt 2,6 Mrd. Euro aufgewendet worden.“

Dauerausstellung im „Tränenpalast“ eröffnet

„GrenzErfahrungen. Alltag der deutschen Teilung“ zeigt Schikanen der DDR-Behörden



v.l.: Manfred Behrens, Prof. Dr. Egon Jüttner, Klaus Brähmig, Eckhard Rehberg, David Sobich, Christoph Poland, Stephan Mayer

Die Gruppe informierte sich am historischen Ort des denkmalgeschützten „Tränenpalastes“ über die neue ständige Ausstellung „GrenzErfahrungen. Alltag der deutschen Teilung“ der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Schau am Bahnhof Friedrichstraße veranschaulicht mit biografischen Beispielen, 570 Objekten und 30 Medienstationen auf 550 Quadratmetern den deutschen Alltag angesichts von Teilung und Grenze. Sie zeigt zudem

die wichtigsten Stationen im Vereinigungsprozess und erinnert an die Jahre, in denen die DDR-Behörden hier Ausreisende schikanierten. Der „Tränenpalast“ war die Abfertigungshalle für die Ausreise von Ost- nach West-Berlin. Er wurde 1962 errichtet, unmittelbar nach dem Bau der Mauer. Das Gebäude lag zwar auf DDR-Territorium, stellte aber tatsächlich einen einmaligen Zwischenraum zwischen Ost und West dar, die „Bruchstelle einer zerbrochenen Stadt“.

Abschaffung der Benes-Dekrete möglich

Der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Tschechien über positive Signale aus Prag



v.l.: Günter Baumann, Matthias Lietz, Anita Schäfer, Sven Oole, Dr. Hubert Gehring, Klaus Brähmig, Stephan Mayer, Prof. Dr. Egon Jüttner

Die Gruppe erörterte mit Dr. Hubert Gehring, Leiter des KAS-Auslandsbüros Tschechische Republik, den Stand der bilateralen Beziehungen. Herr Gehring berichtete, dass es in der Zeit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft bei der Vergangenheitsbewältigung erfreuliche Signale gegeben habe. So habe die erste offizielle Reise von Ministerpräsident Seehofer nach Prag eine wichtige Rolle gespielt, bei welcher der mitreisende Sprecher der Sudetendeutschen Volks-

gruppe, Bernd Posselt, positiv in Tschechien aufgenommen wurde. Außenminister Schwarzenberg habe sogar jüngst im ARD-Magazin „Kontraste“ geäußert, dass er die Abschaffung der Beneš-Dekrete für möglich halte. Fortschritte gebe es auch auf der lokalpolitischen Ebene zwischen Bayern, Sachsen und Tschechien. Durch die Aktivitäten von Antikomplex und dem neuen Vondráček-Film sei zudem ein Denkprozess über die Vertreibungsvorgänge angestoßen worden.

Erneuter Angriff auf deutsche Minderheit in Polen

Aufklärung dringend geboten



Klaus Brähmig

Auf die deutsche Minderheit in Oppeln wurde laut polnischen Medienberichten am 14. Oktober 2011 ein Angriff verübt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus Brähmig:

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verurteilt den jüngsten Angriff auf die deutsche Minderheit in Oppeln und spricht sich für eine

dringende Aufklärung aus. So haben am helllichten Tag zwei maskierte Männer ein Schild an der Geschäftsstelle der deutschen Minderheit beschädigt und das Auto eines Mitgliedes mit einem Hakenkreuz beschmiert. Außerdem wurde am Tatort ein Schlagring gefunden wie Bernard Gaida, Präsident des Dach-

verbandes der deutschen Minderheit in Polen, der Fraktion berichtete. In der Vergangenheit wurden in Schlesien immer wieder zweisprachige Ortsschilder beschmiert oder zerstört.

Daher begrüßt die Unionsfraktion, dass Ryszard Galla, wieder gewählter Sejm-Abgeordneter der deutschen Minderheit, den Vorfall im polnischen Parlament zur Sprache bringen wird.

Zuletzt hatte sich die deutsche Minderheit in einem Offenen Brief an Außenminister Radosław Sikorski und Justizminister Krzysztof Kwiatkowski mit der Bitte gewandt, dass die polnische Regierung auf Übergriffe gegenüber der deutschen Minderheit ebenso entschlossen reagiert wie im kürzlichen Fall der litauischen Minderheit in der polnischen Stadt Pusk.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigt die seinerzeitigen Äußerungen von Sikorski und Kwiatkowski, dass solche Taten keine einfachen Vergehen, sondern eine Verletzung der Standards eines demokratischen Staates und zweisprachige Schilder ein Grundrecht der Minderheiten seien.“

Brückenfunktion stärken

Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag besucht Siebenbürgen

Eine Delegation der Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik der CSU-Landtagsfraktion war in Rumänien, um sich über die aktuelle Situation der Siebenbürger Sachsen zu informieren. Es zeigte sich, dass die Siebenbürger Sachsen eine starke Gemeinschaft sind, die mit ihrer Heimat nach wie vor eng verbunden ist. „Das Verhältnis zu den Rumänen ist schon heute sehr positiv.

Unser Ziel ist, die Brückenfunktion der Siebenbürger Sachsen zu stärken und noch besser für die Weiterentwicklung der bayerisch-rumänischen Beziehun-



Delegation der Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik der CSU-Landtagsfraktion

gen zu nutzen“, so Christa Matschl, Vorsitzende der AG Vertriebenenpolitik der Landtagsfraktion.

Der Vorsitzende des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien und Oberbürgermeister von Hermannstadt, Klaus Johannis, empfing die Delegation, der auch Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein und Dr. Bernd Fabritius, Bundesvorsitzender des Verbands der Siebenbürger Sachsen, angehörten.

In freundschaftlicher Atmosphäre diskutierten die Delegationsmitglieder mit Oberbürgermeister Johannis die Themen „Deutsche Minderheit in Rumänien“, die „Ausreisewelle der Siebenbürger Sachsen nach 1989“, die „Problematik der Rückkehrer“ und die „Sicherung des Schulunterrichts in deutscher Sprache“. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe interessierten sich auch für die wirtschaftliche Entwicklung Hermannstadts, die kommunalen Finanzen, die Auswirkungen des Kulturhauptstadt-Jahres auf den Tourismus und die künftige Entwicklung der Stadt.

„Für uns als deutsche Gemeinschaft in Rumänien ist es wichtig, dass wir von Politikern - und speziell von deutschen Politikern - wahrgenommen werden. Das stärkt unsere Brückenfunktion zwischen den beiden Staaten“, erklärte Oberbürgermeister Johannis, der sich darüber freute, dass bayerische Politiker nach Hermannstadt kommen und ihr Interesse an der Touristenstadt bekunden. „Dieser Erfahrungsaustausch war eine große Bereicherung für uns alle“, so Christa Matschl.

Deutsche Minderheiten als Brücke zu unseren Nachbarn

Reise des deutschen Staatsoberhauptes nach Breslau ist eine positive und wegweisende Geste



Klaus Brähmig

Bundespräsident Christian Wulff trifft am 15.11.2011 bei seinem Besuch anlässlich des 200jährigen Jubiläums der Universität Breslau Vertreter der deutschen Minderheit in Polen. Dazu erklären der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig und der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder:

„Die Reise des deutschen Staatsoberhauptes nach Breslau ist eine positive und wegweisende Geste.

So verdeutlichte der Bundespräsident, dass die deutschen Minderheiten eine gute Brücke Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarländern bilden.

Für die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sind die deutschen Botschaften und Konsulate in den jeweiligen Ländern wichtige Anlaufstellen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich daher für den Bestand eines Netzes deutscher Auslandsvertretungen in dieser Region ein.

Es ist auf den Einsatz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückzuführen, dass der kommende Woche zu beschließende Haushaltsentwurf trotz aller Einsparungen für das Jahr 2012 Mittel für zwei Berufskonsulate in Rumänien vorsieht.

Durch eine gemeinsame Anstrengung, insbesondere zusammen mit den Haushaltspolitikern der Union, konnte der Erhalt des Konsulats im rumänischen Temeswar für die rund 30.000 dort ansässigen Banater Schwaben gesichert werden. Auch damit kommt die Union ihrer im Koalitionsvertrag verankerten Verantwortung für die deutschen Minderheiten in Osteuropa nach.“



Philipp Mißfelder

Hintergrund:

Zwei Millionen Deutsche leben als Minderheiten außerhalb ihrer angestammten Heimat, davon über 300.000 in Polen. In einem interfraktionellen Antrag zum 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages hat sich der Bundestag auf Initiative der Union im Juni dafür ausgesprochen, dass zum einen in Polen die in kommunistischer Zeit verfolgte Assimilationspolitik gegenüber der deutschen Minderheit aufgearbeitet und die unterschiedlichen Erinnerungskulturen gerade in Schlesien miteinander verbunden werden und zum anderen eine Verbesserung des muttersprachlichen Unterrichts anzustreben ist.

Kirchenburg BIRTHÄLM: Erste deutsch-rumänische Briefmarke

Parlamentarischer Staatssekretär Hartmut Koschyk stellt Gemeinschaftsmarke in Kronstadt vor



v.l.: Norbert Kartmann, Reinhart Guib, Hartmut Koschyk, Thomas Gerlach, Friedrich Gunesch

Die Kirchenburg BIRTHÄLM gehört seit 1993 zum Weltkulturerbe der UNESCO und war seit der Reformation in Siebenbürgen Sitz des Bischofs der Evangelischen Kirche der Siebenbürger Sachsen. Nach der demokratischen Wende in

Rumänien diente die Kirchenburg BIRTHÄLM den dort verbliebenen Siebenbürger Sachsen als Austragungsort eines alljährlich stattfindenden Sachsentreffens in Siebenbürgen. Gemeinsam mit der Generaldirektorin der rumänischen Post, Cristina Popescu, stellte Koschyk die Briefmarke im Rahmen des 21. Treffens der Siebenbürger Sachsen in Kronstadt vor. Eine Erstausgabe der Gemeinschaftsbriefmarke wurde dem Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Reinhart Guib, dem Vorsitzenden des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, dem Hermannstädter Oberbürgermeister Klaus Johannis, dem Vertreter der deutschen Minderheit im rumänischen Parlament, Ovidiu Gant, dem hessischen Landtagspräsidenten Norbert Kartmann und dem Minderheitenstaatssekretär der rumänischen Regierung, Helge Fleischer, übergeben.

Die Gemeinschaftsbriefmarke ist vor dem Hintergrund der langjährigen deutsch-rumänischen Beziehungen, aber auch der ausgeprägten deutsch-rumänischen Anstrengungen zur Unterstützung der deutschen Minderheit zu sehen. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich für nachhaltige Zukunftsperspektiven der deutschen Volksgruppe in Rumänien ein. Entscheidend für die Zukunft der deutschen Volksgruppe in Rumänien wird aber letztlich deren Fähigkeit sein, ihre kulturelle und muttersprachliche Identität zu wahren und sie in einem Europa der Vaterländer und der Regionen neu zu definieren. Dabei wird die Bundesregierung den deutschen Landsleuten in Rumänien auch weiterhin eng zur Seite stehen.

20jähriges Jubiläum der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

Förderung von 700 Projekten jährlich für deutsch-polnischen Dialog

Am Festakt zum 20jährigen Jubiläum der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (SdpZ) nahmen neben den beiden Außenministern Guido Westerwelle und Radoslaw Sikorski auch der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, und der Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Klaus Brähmig, teil. Die SdpZ mit Sitz in Warschau und einem Büro in Berlin unterstützt seit nunmehr 20 Jahren durch eine beträchtliche Finanzierung von Unternehmungen aber auch durch eine wachsende Anzahl von Eigenprojekten die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen. Dank der Stiftung lernen Deutsche und Polen die kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen des jeweiligen Nachbarn besser kennen. Mit der Förderung von ca. 700 Projekten jährlich trägt die SdpZ dazu bei, dass der deutsch-polnische Dialog ein wichtiger Beitrag für den Erhalt und die Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes in Europa ist.



v.l.: Dr. Johannes von Thadden, Herbert Helmrich, Klaus Brähmig, Hartmut Koschyk

„Angekommen“: Bundestag zeigt Ausstellung über Integration der Vertriebenen in Deutschland

Bundestagspräsident eröffnet neue Schau der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen - Trilogie Anfang 2012 in Berlin



v.l.: Prof. Dr. Norbert Lammert, Erika Steinbach, Klaus Brähmig

Die Ausstellung zeigte von Oktober bis November im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages den Weg von der Ankunft über die ersten Jahre durch die Wirtschaftswunderzeit bis hin zur Gegenwart. Die Veränderungen der gesamten deutschen Gesellschaft durch Flüchtlinge und Vertriebene in sozialen, konfessionellen und politischen Belangen werden ebenso präsentiert wie die Rahmenbedingungen, die dafür erkämpft wurden, seien es Rechtsstatus, Städtebau, Gedenkkultur oder die Pflege der eigenen kulturellen Wurzeln.

Auszüge aus der Rede von Erika Steinbach zur Ausstellungseröffnung am 25. Oktober:

„[...] Niemals seit dem Dreißigjährigen Krieg sind die demographischen und auch konfessionellen Verhältnisse dermaßen umgewälzt worden. Nur die wenigsten begriffen bereits in den 1950er Jahren, was die Vertreibung und die Aufnahme Millionen Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen für dieses Land bedeuteten.

Der Soziologe Eugen Lemberg beschrieb bereits 1950 den oftmals konfliktreichen von Not und Mangel bestimmten Prozess dieses zwangsweisen Miteinanders als die Entstehung „eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen“. Also gewissermaßen als Ethnomorphose. Rückblickend können wir festhalten, „per aspera ad astra“. Nach schwierigsten Anfangszeiten haben wir zueinander gefunden. Der Weg bis dahin war gepflastert mit menschlichen Härten, Spannungen zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen, ja teils brutaler Ablehnung. Die Eingliederung der Vertriebenen war keine lineare Erfolgsgeschichte, sondern für viele zunächst eine zusätzliche bittere Leidenserfahrung. Kaltherzig ignorierten viele, dass Münchner, Leipziger, Hamburger oder Berliner nicht vertrieben wurden, selbst wenn sie fanatische Nationalsozialisten gewesen waren. Das „unsichtbare Fluchtgepäck“ der Vertriebenen, wie es die sudetendeutsche Dichterin Gertrud Fussenegger sehr treffend bezeichnete, hat Deutschland nachhaltig geprägt. Ihr technisches, handwerkliches oder akademisches Potenzial, auch ihre teils achthundertjährige kulturelle Erfahrung im

Neben- und Miteinander mit ihren slawischen, ungarischen, baltischen oder rumänischen Nachbarn, all das hat Deutschland nachhaltiger geprägt als uns heute wirklich bewusst ist. Alfred Grosser hat die Integration der Vertriebenen als größte sozial- und wirtschaftspolitische Aufgabe bezeichnet, die je von Deutschland gemeistert worden sei. Die Eingliederung der Vertriebenen ist heute sozial weitestgehend gelungen und Teil der Nachkriegserfolgsgeschichte unseres Landes. Der wichtigste Grund warum sie gelang: Die Heimatlosen haben keine Rachegeanken kultiviert, sondern immer wieder manifestiert, dass sie ein neues Miteinander wollen, auch mit denen, durch die sie vertrieben wurden. Ein friedliches Miteinander der Völker Europas war ein frühes Ziel, für das sie sich engagierten. Und sie haben sich von Anbeginn politisch eingemischt und engagiert. Dieses Gebäude, das Paul-Löbe-Haus, in dem die heutige Ausstellung eröffnet wird, ist geradezu ein Symbol dafür. Der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe wurde im Sommer 1945 aus Schlesien vertrieben. 1948/49 gehörte er für die SPD dem Parlamentarischen Rat an und war von 1949 bis 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages. Namen wie Herbert Hupka, Herbert Czaja, Erich Mende oder der Ostpreuße Rainer Barzel aber auch in jüngerer Zeit Wolfgang Thierse finden sich in den Annalen dieses Hauses. Sie alle und viele mehr hatten ihre Heimat im früheren deutschen Osten. Die meisten Vertriebenen und auch Spätaussiedler haben inzwischen neue Wurzeln geschlagen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bis heute zahllose Vertriebene von ihren traumatischen Erlebnissen immer wieder eingeholt werden.“

Die Ausstellung „Angekommen“ ist nach „Erzwungene Wege“ und „Die Gerufenen“ die dritte Wanderausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. Alle drei Ausstellungen werden von März 2012 an zwei Monate als Trilogie im Berliner Kronprinzenpalais gezeigt. Weitere Informationen im Internet über: www.z-g-v.de.

Bundesvertriebenenstiftung: Architektenwettbewerb erfolgreich beendet

Preisgericht vergibt zwei erste Preise nach Dresden und Weiler – Österreichischer Entwurf soll realisiert werden



v.l.: Professor Dr. Hans Walter Hütter, Klaus Brähmig, Jürgen Gehb

Der von der Bundesregierung initiierte Architektenwettbewerb zum Umbau des Berliner Deutschlandhauses für das Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) ist entschieden. Es wurden zwei erste Preise vergeben. Nach Verhandlungsgesprächen mit den beiden erstplatzierten Architekturbüros am 29. November 2011 beabsichtigt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Auftrag der Auslober (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien) den Umbau des Deutschlandhauses für die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zusammen mit Marte.Marte Architekten ZT GmbH aus Weiler (Österreich) zu realisieren. Das Preisgericht unter Vorsitz des Architekten Hanno Chef Hendriks hatte in seiner Sitzung vom

4. November 2011 zunächst die beiden Entwürfe der Büros Marte.Marte Architekten ZT GmbH (Weiler/Österreich) und F29 Architekten GmbH (Dresden) einstimmig als qualitativ gleichwertig mit zwei ersten Preisen ausgezeichnet, von denen nun der Entwurf von Marte.Marte Architekten zur Ausführung kommen wird.

Auszug aus der Beurteilung durch das Preisgericht:

Die Arbeit des Büros Marte.Marte geht davon aus, dass die Struktur und Konstruktion des bestehenden, teilweise denkmalgeschützten Gebäudes nicht dem Ideal eines Museumbaus entspricht. Sie reduziert dementsprechend konsequent den Bestand ausschließlich auf die historisch wertvolle Substanz im Bereich der Straßenfassaden Stresemannstraße und Anhalterstraße. Der Rest des Gebäudes weicht einem zeitgenössischen Museumsbau mit frei bespielbaren Ausstellungsflächen. Dies wird unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten kritisch gesehen, entspricht aber den Vorgaben der Auslobung. Der Altbau wird in seiner Nutzung auf die Verwaltung, das Dokumentationszentrum und die externen Büroflächen reduziert. Der Neubau entwickelt sich auf einem Sockelgeschoss über einen folgerichtig 2-geschossigen zentralen Raum in die darüberliegenden Geschosse mit der bedeutenden Dauerausstellung. Das schmale viergeschossige Atrium zwischen Alt- und Neubau dient der Belichtung und der konsequenten räumlichen Zuordnung und Definition der Bereiche. Die funktionalen Anforderungen werden gut erfüllt. Der Eingang und Empfangsbereich lenkt den Besucher direkt in die Foyerhalle, von der er wesentliche Merkmale der Baustruktur und vor allem andere wichtige Orientierungshilfen erfährt, die eine gelenkte aber auch eine autonom gewählte Wegführung ermöglichen sollen - für die Museumsbesucher zur Dauerausstellung oder zum aktuellen Museumsgeschehen in der Wechselausstellung. Die Konstruktion und Materialwahl ist dem Anspruch angemessen. Die Arbeit ist ein sehr guter Beitrag zur Lösung der beschriebenen Aufgabe.

Vertriebenenstiftung erreicht wichtiges Etappenziel

Umbau des Deutschlandhauses zum zeitgenössischen Museum



Klaus Brähmig

Der Architektenwettbewerb zum Umbau des Deutschlandhauses für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wird nach den jüngsten Gesprächen mit den beiden erstplatzierten Architekturbüros abgeschlossen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus Brähmig:

„Die Bundesvertriebenenstiftung erreicht mit dem erfolgreichen Abschluss des Architektenwettbewerbs für den Umbau des Deutschland-

hauses ein wichtiges Etappenziel. Realisiert werden soll ein ambitionierter Entwurf der österreichischen Architekten Bernhard und Stefan Marte. Eine überzeugende Arbeit, die sich nicht nur in der Berliner Museumslandschaft sehen lassen kann. So wird einerseits dem Charakter des historischen Gebäudes

und dem Denkmalschutz Rechnung getragen, indem die Fassaden an der Stresemannstraße und Anhalter Straße erhalten bleiben. Andererseits ermöglicht der Entwurf im Gebäudekern den Neubau eines zeitgenössischen Museums, welches der geplanten Dauerausstellung großzügigen Raum gibt. Dass der Wettbewerb in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden kann, ist dem persönlichen Einsatz des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem aus Westpreußen stammenden Bernd Neumann, zu verdanken.

Damit unterstreicht die Bundesregierung ihre besondere Verantwortung für eines der wesentlichen Projekte für unsere nationale Identität: das millionenfache Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, die historischen Hintergründe von Flucht und Vertreibung sowie deren europäische Dimensionen zu dokumentieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Stiftungsrat vertreten durch die Abgeordneten Klaus Brähmig und Stephan Mayer, wird sich weiter für den konsequenten Ausbau der Vertriebenenstiftung einsetzen.“

ifa ist größter Dienstleister der auswärtigen Kulturpolitik

Förderung der deutschen Minderheit in Polen wird ständig angepasst



v.l.: Stephan Mayer, Urban Beckmann, Klaus Brähmig, Ronald Grätz, Sven Oole, Prof. Dr. Egon Jüttner

Im Nachgang der Delegationsreise nach Oppeln erörterte die Gruppe mit Ronald Grätz, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) und Urban Beckmann, Leiter der Abteilung Dialoge, die Förderung der deutschen Minderheiten in MOE. Das ifa sei laut Herrn Grätz die älteste Kunstmittlereinrichtung mit einem Kompetenzzentrum im Auftrage der Bundesregierung, mit dem das Institut als größter Dienstleister der auswärtigen Kulturpolitik fungiere. Dazu gehöre eine große Spezialbibliothek in Stuttgart. Beispielsweise würde für

alle Bundestagsabgeordnete ein Service angeboten, denen innerhalb von 48 Stunden ein Dossier für bestimmte Themen zusammengestellt werde. Das ifa engagiere sich im MOE-Bereich bei der kulturellen Förderung der deutschen Minderheiten. In Polen, wo man etwa im Kindergartenbereich ein Modellprojekt durchführe, betrage die Förderung 750.000 Euro, die ständig den Bedürfnissen angepasst werde.

Neue Projekte am Lastenausgleichsarchiv

Präsident des Bundesarchivs: Machbarkeitsstudie zu den Opfern von Vertreibung



v.l.: Sven Oole, Klaus Brähmig, Dr. Matthias Hoffmann, Helmut Sauer

Die Gruppe der Vertriebenen erörterte mit Dr. Michael Hollmann, dem neuen Präsidenten des Bundesarchivs, grundsätzliche Fragen des Archivwesens und die Situation am Lastenausgleichsarchiv (LAG) in Bayreuth. Hollmann erklärte, dass das Bundesarchiv verfüge über 330 Km Akten verfüge, die jährlich mehr würden. Der Schwerpunkt der Arbeit läge nach wie vor beim Dritten Reich. Der Bereich der Bundesregierung werde hingegen erst langsam entwickelt, wo eine dramatische Entwicklung festzustellen sei, dass heutzutage wissenschaft-

liche Arbeiten entstünden, ohne die Quellen des Bundesarchives zu nutzen. Das LAG, dessen Leiter zum Jahresende in den Ruhestand gehe und dessen Stelle dann ausgeschrieben werde, würde derzeit gut genutzt, jedoch seien 90 Prozent Erbenermittler. Auf Anregung des Parl. Staatssekretärs Hartmut Koschyk kam man überein, eine Forschungsstelle an der Universität Bayreuth für das LAG etablieren zu wollen. Außerdem soll eine Machbarkeitsstudie angeregt werden, um mehr über die Opfer von Flucht und Vertreibung zu erfahren.

Archivalia der ehemaligen deutschen Ostgebiete erhalten - Plädoyer für Nationalen Gedenktag

Treffen mit Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich



v.l.: Klaus Brähmig, Hans-Peter Friedrich ©Hans-Joachim M. Rickel

Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundstagsfraktion und der Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich erörtern in einem Gespräch die aktuellen Fragen der Vertriebenen- und Minderheitenpolitik. So stand etwa der Nationale Gedenktag für die Opfer der Vertreibung auf der Tagesordnung, für dessen Einführung die Union wie die Gruppe mit Nachdruck plädieren. Außerdem soll geklärt werden, inwieweit die Archivalia der ehemaligen deutschen Ostgebiete in das Programm des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, welches zum Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums gehört, zur Sicherungsverfilmung einbezogen werden können.

Hintergrund des Treffens war der Antrag der Fraktion zum 60. Jahrestag der Stuttgarter Charta und der interfraktionelle Antrag 20 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag, welche mehrere Prüfaufträge an die Bundesregierung beinhalten. Herr Brähmig dankte für die traditionell gute Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und insbesondere mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, der dort Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist.

Neue Integrationsimpulse für Spätaussiedler

Bundesregierung würdigt 70. Jahrestag des Stalin-Erlasses zur Deportation der Russlanddeutschen



v.l.: Prof. Dr. Egon Jüttner, Dr. Christoph Bergner, Manfred Behrens, Klaus Brähmig, Dan Kühnau, Helmut Sauer

Bei dem turnusmäßigen Grundsatzgespräch mit der Gruppe führte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner zu den Aussiedlern aus, dass die Bundesregierung den 70. Jahrestag des Stalin-Erlasses zur Deportation der Russlanddeutschen angemessen würdigen werde. Geplant sei unter anderem eine große Gedächtnisveranstaltung in Berlin zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er erinnerte daran, dass das Gros der Menschen erst nach 1989 eingetroffen sei, was im Gegensatz zur Einwanderung in früheren Jahren eine kürzere Generationsfolge zur Folge gehabt habe. Zudem seien die Aussiedler Repressionen ausgesetzt gewesen, etwa dem Verbot, deutsch zu sprechen und sich politisch zu engagieren. Bei der Integration ergebe sich ein Konfliktpunkt daraus, dass die Aussiedler zu Recht nicht mit dem Begriff „Mi-

grant“ einverstanden seien. Dennoch sei auch bei den Russlanddeutschen der Integrationsbedarf nicht zu leugnen. Nun sei die Bundesregierung dabei, neue Impulse durch das Anerkennungsgesetz der ausländischen Bildungsabschlüsse zu setzen. Ferner stünde die seit längerem angestrebte Härtefallregelung bei der Familienzusammenführung an, die eine große Erleichterung darstelle. Zum Thema der deutschen Minderheiten erläuterte er, dass die Deutschen in Russland heute ungefähr 600.000 Menschen und 30.000 in der Ukraine ausmachten. Die Internetauftritte würden sehr gut angenommen (www.rusdeutsch.eu). Ferner werde das System der Begegnungsstätten gut genutzt, und Ziel sei es nun, die Selbstverwaltung zu stärken.



Baden-Württembergischer Kulturinnenminister Reinhold Gall übergibt Donauschwäbischen Kulturpreis



Reinhold Gall

Auszeichnung geht an Tomislav Ketig und Angéla Korb

Das Patenland Baden-Württemberg bringt mit dem Kulturpreis seine Wertschätzung gegenüber der donauschwäbischen Kultur und ihren Repräsentanten zum Ausdruck.“ Das sagte Innenminister Reinhold Gall bei der Verleihung des Donauschwäbischen Kulturpreises am Donnerstag im Haus der Donauschwaben in Sindelfingen. Der Preis sei ein zentrales und bedeutendes Element des Bekenntnisses zu den Donauschwaben. Der Kulturpreis sei dabei selbst schon Tradition, denn er werde schon seit 45 Jahren

vergeben.

In diesem Jahr werde der Kulturpreis in der Sparte Literatur und Literaturwissenschaften vergeben. Den mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis erhalte der in Novi Sad in der Autonomen Provinz Vojvodina, Serbien, lebende Schriftsteller und Enzyklopädist Tomislav Ketig. Mit einer Ehrengabe für sein Gesamtwerk in Höhe von 2.500 Euro werde der in Lowrin im rumänischen Banat geborene Schriftsteller Richard Wagner ausgezeichnet. Einen mit 2.500 Euro dotierten Förderpreis für Nachwuchskünstler erhalte die in Budapest lebende Journalistin Angéla Korb. Der Preis werde in erster Linie donauschwäbischen Kulturschaffenden verliehen, deren Werk das Kulturgut der Donauschwaben repräsentiere. Er könne auch Kulturschaffenden verliehen werden, die der donauschwäbischen Kultur verbunden seien und deren Werk entweder die kulturellen Wechselwirkungen zwischen den Donauschwaben und ihren Nachbarn in den östlichen Siedlungsgebieten repräsentiere oder der Verständigung zwischen Donauschwaben und ihren Nachbarn in den Herkunftsgebieten diene. Seit 1995 werde die Auszeichnung in zweijährigem Turnus im Wechsel mit dem Russlanddeutschen Kulturpreis vor allem in den Bereichen Literatur, Musik und bildende Kunst vergeben.

Kulturpreis:

Seit 1953 schreibt das Bundesvertriebenengesetz fest, dass das Kulturgut der Vertriebenen eine gesamtdeutsche Aufgabe ist - und zwar unabhängig von Grenzen und von staatlicher Zugehörigkeit. Der gesetzliche Auftrag geht an Bund und Länder. Sie tragen ihren Teil zur Kulturpflege bei: Durch ideelle und finanzielle Förderung, durch öffentliche Aufmerksamkeit, die sie auf Erinnerungssymbole lenken. Deshalb hat Baden-Württemberg bereits im Jahr 1966 den donauschwäbischen Kulturpreis ins Leben gerufen. Er ist ein zentrales und bedeutendes Element des Bekenntnisses zu den Donauschwaben. Das Patenland bringt damit seine Wertschätzung gegenüber der donauschwäbischen Kultur und ihren Repräsentanten zum Ausdruck. Das kulturelle Erbe der Donauschwaben gehört zum geistig-kulturellen Vermögen unseres ganzen Volkes und ist Teil der gesamten deutschen Kultur.

Otto von Habsburg gestorben – Die Heimatvertriebenen trauern um eine große Persönlichkeit

Mit dem am 4. Juli 2011 verstorbenen Otto von Habsburg haben die Heimatvertriebenen laut dem Bund der Vertriebenen „einen langjährigen Freund, eine starke Stütze ihrer Anliegen und einen verständnisvollen Vermittler zwischen den europäischen Völkern“ verloren. Als Sohn des letzten österreichischen Kaisers hat er den Vertriebenen und ihren Anliegen sehr nahe gestanden. Er unterstützte von Anfang an die Ziele der gemeinnützigen Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und war Mitglied in der Jury zur Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises. Wegen seiner Verdienste um die Vertriebenen und ihre Anliegen verlieh ihm der BdV 1976 seine höchste Auszeichnung, die Ehrenplakette. Otto von Habsburg war

Literaturtipp

Erika Steinbach

Die Macht der Erinnerung

2. überarbeitete und ergänzte Auflage

München 2011

ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus und Vorkämpfer für ein geeintes Europa, für das er schon während des Zweiten Weltkrieges arbeitete. Als Abgeordneter der CSU setzte er sich im Europäischen Parlament für die Rechte von Minderheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und wurde damit auch zu einem verständnisvollen Partner der Heimatvertriebenen. Energisch wandte er sich gegen Vertreibung und Kollektivschulddenken. Zu seiner Hinterlassenschaft gehören die vielen bemerkenswerten und tiefgreifenden Grundsatzreden und Vorträge, mit denen er die Vereinigung Europas vorbereitete und mitgestaltete.



Bodo Löttgen ist neuer Beauftragter der CDU für Vertriebene und Spätaussiedler

Bodo Löttgen ist neuer Beauftragter der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag für Vertriebene und Spätaussiedler. Der 52-jährige CDU-Landtagsabgeordnete folgt Horst Westkämper nach.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Peter Altmaier MdB Stefan Müller MdB Parlamentarische Geschäftsführer Klaus Brähmig MdB Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten
Redaktion:	Sven Oole (V.i.S.d.P.)
Sekretariat:	Ines Roehm
Kontakt:	Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.